

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 55 | 19. Juni 2020



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Montag darf man wieder reisen! Für viele europäische Länder wurden die pandemiebedingten Reisewarnungen aufgehoben. Der Sommerurlaub wird also weitestgehend möglich sein – allerdings mit einzelnen Beschränkungen. Auf der Webseite www.bundesregierung.de finden Sie alle aktuellen Bestimmungen der jeweiligen Länder Ihrer geplanten Reise. Ich finde ja, dass unsere Region zwischen Rhein, Mosel, Ahr und Eifel Einiges zu bieten hat. Hier kann man wunderbar Urlaub machen und selbst Ziele für Tagesausflüge bieten sich an. Die Hotellerie und Gastronomie freut sich, Ihnen einen erholsamen Urlaub in der Heimat zu bieten!

In Berlin haben wir eine gute Routine für Sitzungswochen gefunden. Physische Sitzungen werden ergänzt mit Video- oder Telefonkonferenz-Präsenzen, um den gebotenen Abstand zu wahren. Bei präsenzpflichtigen Veranstaltungen werden nun größere Räume bezogen und namentliche Abstimmungen werden alphabetisch aufgerufen, sodass man keinen übermäßigen Kontakt pflegen muss. Es ist trotzdem immer wieder schön, den Kolleginnen und Kollegen auch mal wieder gegenüber zu sitzen und mit ihnen ohne Bildschirm dazwischen zu reden. Ein Termin, welcher mir besonders



nahe gegangen ist, fand mit meinem Kollegen Thomas Rachel MdB statt: Wir wurden über die besorgniserregende Lage schutzbedürftiger Kinder und Jugendlicher auf den griechischen Inseln aufgeklärt. Hier ist dringend die Aufnahme von unbegleiteten und kranken Kindern mit ihren Eltern aus den überfüllten Flüchtlingslagern geboten.

Jetzt wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben erst einmal ein schönes Wochenende!

Ihre

M. Heil



← Das Parlament nimmt den Betrieb nach und nach auf.

Motiviert und farbenfroh im Plenarsaal :) →



Aus der Versenkung aufgetaucht

Wenn Sie daran denken, welche Themen in der Zeit „Vor-Corona“ aktuell waren, die jetzt in der öffentlichen Debatte stark an Aufmerksamkeit verloren haben – was fällt Ihnen da als erstes ein? Wahrscheinlich ist es die Klimadebatte, vielleicht bei einigen auch politischen Morde, wie der an Walter Lübcke, oder eventuell auch Diskussionen um den CDU-Vorsitz oder das Verhältnis zu den USA. Alles wichtige Themen, die in deutlich reduziertem Maße aber immer noch in den Zeitungen zu finden waren. Ein Thema, das uns im letzten Jahr intensiv beschäftigt hat, war aber fast völlig in der Versenkung verschwunden: der Brexit. Und das, obwohl zum Ende dieses Jahres immer noch der „harte Brexit“, mit erheblichen, insbesondere wirtschaftlichen Folgen auch für Deutschland, droht. Tatsächlich hat es in den letzten Monaten vier Gesprächsrunden zwischen den Beauftragten aus Brüssel und London dazu gegeben – die ausnahmslos ergebnislos verlaufen sind.

Vielleicht muss man die Ausgangslage noch einmal in Erinnerung rufen: Großbritannien ist zum 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union ausgetreten. Grundlage dafür war ein mit viel Mühe und „auf den letzten Drücker“ ausgehandelter Austrittsvertrag, der insbesondere regelte, wie die irisch/britische Grenze in Zukunft aussehen soll und dass bis zum Ende des Jahres 2020 im Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien im Wesentlichen alles so bleiben soll wie bisher, insbesondere auch was Handels- und Zollfragen angeht. Ergänzend zu diesem Austrittsvertrag wurde eine politische Erklärung beider Seiten abgegeben, dass rechtzeitig vor dem Jahresende 2020 ein weiterer Vertrag zwischen Großbritannien und der EU geschlossen werden soll, in dem die künftigen Beziehungen geregelt werden. In dieser politischen Erklärung hat Großbritannien sich auch unter anderem dazu bekannt, dass es weiterhin hohe soziale und wettbewerbsrechtliche Standards einhalten will, um einen bevorzugten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erhalten, dem es dann nicht mehr angehört.

Insidern war schmerzlich bewusst, dass für einen solchen Vertrag in den letzten Monaten keinerlei Fortschritte erzielt worden sind. In die Öffentlichkeit gelangt ist das Thema jetzt wieder, weil es erstmals ein Spitzengespräch zwischen dem britischen Premierminister Boris Johnson mit den Präsidenten von EU-Kommission, Europäischem Rat und Europaparlament dazu gab. Leider hat auch dieses Gespräch keine Ergebnisse gebracht. Der Premierminister hat erneut betont, dass Großbritannien definitiv keine Verlängerung der Übergangsphase über den 31. Dezember 2020 hinaus beantragen wird. Damit wird am 1. Januar 2021 auf jeden Fall ein neues Kapitel in den gemeinsamen Beziehungen aufgeschlagen. Entweder auf Basis eines abgeschlossenen Vertrages – oder auf Basis der allgemeinen Regeln der Welthandelsorganisation, was eine erhebliche Behinderung des wirtschaftlichen Austausches bedeuten würde. Zu der politischen Erklärung vom Jahresanfang wollte Boris Johnson sich maximal halbherzig bekennen, so dass es schwierig wird, die vielen offenen Fragen in den zukünftigen gemeinsamen Beziehungen noch rechtzeitig zu klären. Vielleicht hilft es zumindest, dass das schwe-



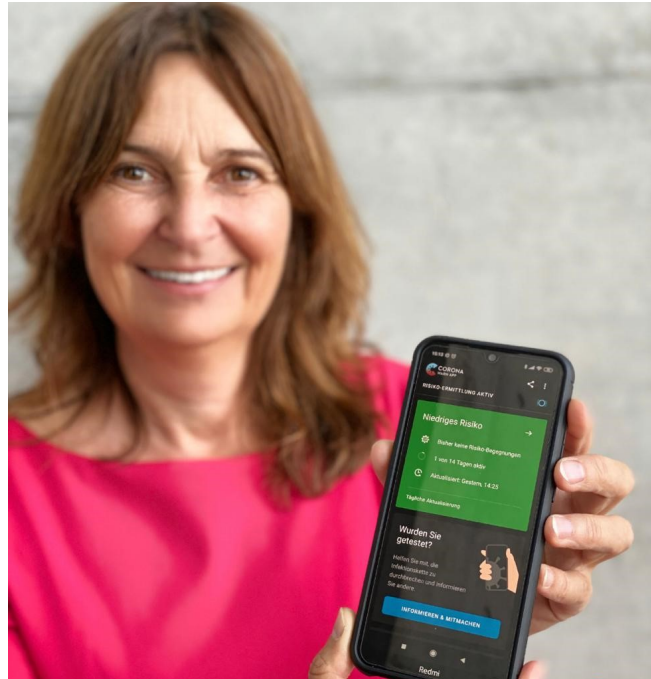
Bild: Elionas2/Pixabay

Die Corona-Warn-App

Seit Dienstag ist sie im App Store für Android- und iPhone-Betriebssysteme herunterzuladen, die Corona-Warn-App. Der Knackpunkt: Damit diese App wirklich erfolgreich ihren Dienst erledigen kann und flächendeckend warnen kann, muss sie auch wirklich von gut 60% der Bevölkerung heruntergeladen werden. Bereits nach einem Tag haben 6,5 Mio. Menschen von der von SAP und der Telekom entwickelten App Gebrauch gemacht.

Es ist jedem überlassen, diese App herunterzuladen- oder es eben auch sein zu lassen. Allerdings könnte der Gebrauch eine weitere Maßnahme sein, die es uns erleichtert, schneller wieder in den Alltag von „Vor-Corona“ zurück zu finden. Die wichtigsten Maßnahmen, die zur Eindämmung der Infektionszahlen in Deutschland beigetragen haben, waren ganz klar die Kontaktbeschränkungen sowie Maskenpflicht, achtsamer Umgang miteinander und gewissenhafte Handhygiene. An dieser Stelle möchte ich mich auch noch einmal herzlich bei jedem Einzelnen bedanken, der auf zwischenmenschliche Kontakte sowie Geburtstagsfeiern, Abschlussfeiern und Ähnliches verzichtet hat.

Die Strategie der Bundesregierung ist nun weiterführend: mit wenigen, zielgerichteten Einschränkungen das Leben Aller so angenehm und frei wie möglich zu gestalten und trotzdem die pandemische Ausbreitung von Corona zu verhindern.



Der Nutzen der Corona-Warn-App ist hier groß: Infektionsketten können schnell und präzise nachverfolgt werden. Die Nutzer werden zügig gewarnt, wenn sie Kontakt mit einer potentiell infizierten Person hatten und sollten sich daraufhin in Isolation begeben und ebenfalls testen lassen. Hierbei möchte ich betonen, dass KEINE persönlichen Daten offengelegt werden! Die Smartphones „merken“ sich Begegnungen mit anderen Smartphones (durch eine Schnittstelle der Bluetooth-Technik), welche die pandemischen Kriterien des Robert Koch Instituts erfüllen (also Länge des Kontakts, Nähe des Kontakts). Es werden lediglich Begegnungen mit anderen Smartphones aufgezeichnet und Rückschlüsse auf potentielle Infektionen erlaubt. Zu keinem Punkt sammelt die App Ihren Standort oder ihre persönlichen Daten. Selbst der Chaos Computer Club hat nichts an den Standards der

Situation der Prostituierten in Deutschland – Einführung des „Nordischen Modells“

Im Mai habe ich, gemeinsam mit 15 Kolleginnen und Kollegen aus Union und SPD, die Gelegenheit ergriffen und in einem Brief an die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten die Situation der Prostituierten in Deutschland thematisiert.

Hintergrund sind dabei die menschenunwürdigen Umstände in diesem Arbeitsfeld, die insbesondere durch die Coronakrise nochmals offenbar wurden.

In diesem Brief haben wir uns konkret dafür eingesetzt, zeitnah keine Öffnungen von Bordellen oder vergleichbaren Etablissements zuzulassen. Es sollte mit gesundem Menschenverstand jedem klar sein, dass sich Social Distancing mit sexuellen Handlungen in der Regel nicht vereinbaren lässt. Auch eine Nachverfolgung im Infektionsfall würde wohl erschwert bis unmöglich.

Gleichzeitig geht es uns aber auch um die Zukunft der Prostitution in Deutschland insgesamt. Wir halten die Zustände in dieser Branche für die dort Tätigen in der großen Mehrzahl der Fälle für menschenunwürdig, zerstörerisch und frauenfeindlich. Entgegen einem weit verbreiteten Klischee sind die meisten Prostituierten (v.a. osteuropäische oder afrikanische Frauen) keinesfalls freiwillig in der Prostitution, sondern wurden und werden getäuscht, erpresst und bedroht.

Vieles spricht für die Einführung des Nordischen Modells, mit dem erstmals in Schweden der Sexkauf unter Strafe gestellt wurde. Für Freier und Zuhälter sind damit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr verbunden, während die Prostituierten nicht kriminalisiert werden. Diesem Modell sind bereits Frankreich, Norwegen, Island und Irland gefolgt, Israel folgt zum Juli 2020; in etlichen weiteren Ländern gibt es Bestrebungen, diesem Modell zu folgen.

Die Annahme des geltenden Prostituiertenschutzgesetzes, Prostitution sei ein normaler Beruf, ist schon jetzt durch die Praxis widerlegt. Nicht zuletzt hat sich im Zusammenhang mit der Schließung der Bordelle bestätigt, dass viele Frauen offenbar keine unabhängige, private Existenz mit Wohnung, Anmeldung, Sozialversicherung etc. haben. Viele sind nach der Schließung in ihre Heimatländer zurück verbracht worden, andere sind in den Bordellen verblieben (- und fürchten nun, die „Mietkosten“ zusätzlich „abarbeiten“ zu müssen). Nur ca. 33.000 von geschätzt bis zu 400.000 Prostituierten sind mittlerweile registriert; keine 100 davon sind als Angestellte sozialversichert. Oftmals weiß keine Behörde, dass diese Frauen in Deutschland sind. Sie sind ihren Zuhältern völlig ausgeliefert. Diesen Frauen hilft nicht die Wiedereröffnung der Bordelle, wie teilweise zu lesen ist, sondern ein Verbot des Sexkaufs und eine Tätigkeit/Ausbildung in einem existenzsichernden Beruf.

Es gibt bei diesem Thema nicht den einen, idealen Weg.

Auch wenn das Nordische Modell Zwangsprostitution nicht verhindern kann, wird der Markt für derartige sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel in Deutschland damit am nachhaltigsten gestört und die Position der Prostituierten gegenüber rücksichtslosen Freiern und Zuhältern gestärkt.

Dafür werde ich mich, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen, in Zukunft einsetzen.

